

*Frau  
Präsidentin des Burgenländischen Landtages  
Verena Dunst  
Landhaus  
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 21. Oktober 2021

**Selbständiger Antrag**

**der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Claudia Schlager, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Sicherstellung der Finanzierung der Frauenberatungsstellen**

Der Landtag wolle beschließen:

## **Entschließungsantrag des Burgenländischen Landtages von ...betreffend Sicherstellung der Finanzierung der Frauenberatungsstellen**

Am 12. Mai wurde von der Regierung nach dem 11. Femizid 2021 das Gewaltschutzpaket dotiert mit 24,6 Millionen Euro im Ministerrat beschlossen. Am 1. Oktober, nach dem bereits 21. Femizid 2021 und zahlreichen Mordversuchen, gibt es nun eine Ankündigung der Bundesregierung, dass tatsächlich finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Leider fließen diese Mittel aus der Umsetzung des Gewaltschutzpaketes nicht an Frauenhäuser, Frauen- und Mädchenberatungsstellen sowie weitere Opferschutzeinrichtungen. Seitens der Bundesregierung werden lediglich die Gewaltschutzzentren gefördert und in Täterarbeit investiert. Sehr viel Beratungs- und Betreuungsarbeit für von Gewalt betroffenen Frauen wird jedoch in etablierten Opferschutz und Gewaltschutzeinrichtungen sowie Beratungsstellen erledigt, genau diese Einrichtungen sind jedoch von den zusätzlichen Mitteln des Gewaltschutzpaketes ausgeschlossen. Diese Institutionen brauchen jedoch eine ausreichende und langfristige Basisfinanzierung statt des ständigen Drangs neue Projekte „erfinden“ zu müssen, um die Finanzierung der täglichen Beratungsarbeit sicherzustellen.

Die Opferschutzeinrichtungen sind mit ihren Ressourcen seit Jahren am Limit. Ohne längerfristige zusätzliche Mittel kann nicht sichergestellt werden, dass alle Opfer von Gewalt Unterstützung und Beratung erhalten. Außerdem braucht es eine schnelle sowie unbürokratische Unterstützung von gewaltbetroffenen Frauen in finanziellen Notlagen.

Um den Gewaltschutz in Österreich und im Burgenland tatsächlich weiterzuentwickeln und sinnvolle Gewaltschutzmaßnahmen umzusetzen, ist neben einem Neustart zum Gewaltschutzpaket eine Vielzahl zusätzlicher Maßnahmen notwendig. Grundlage für echte qualitative Verbesserungen beim Opfer- und Gewaltschutz ist die rascheste Umsetzung der mehrfach geforderten Budgeterhöhungen. Nur so kann sichergestellt werden, dass jede Frau im Burgenland ein selbstbestimmtes und gewaltfreies Leben führen kann.

Am 11. Mai 2011 wurde das "Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt" von 13 Staaten, unter anderem auch Österreich, in Istanbul unterzeichnet. Mit der Konvention gibt es erstmals in Europa ein völkerrechtlich bindendes Instrument zur umfassenden Bekämpfung aller Formen von Gewalt an Frauen. Für Staaten, die die Konvention ratifiziert haben, ist sie rechtlich verbindlich und umzusetzen. Zur Umsetzung dieser Konvention in Österreich sind jedoch zusätzliche finanzielle Mittel in der Höhe von 228 Millionen Euro jährlich unumgänglich.

Der Kampf gegen Gewalt an Frauen braucht wesentlich mehr Geld als das angekündigte Gewaltschutzpaket. Der Kampf gegen Gewalt an Frauen aber auch an Kindern muss in Zukunft oberste Priorität in unserer Republik haben.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge

- zur Umsetzung der Istanbul-Konvention 228 Millionen Euro jährlich den Frauenberatungsstellen zur Verfügung stellen;
- den Ausbau der Gewaltschutzmaßnahmen vorantreiben um einen Rückschritt in diesem Bereich zu Lasten der gewaltbetroffenen Frauen zu vermeiden;
- den bundesweiten Aufbau und Ausbau opferschutzorientierter Täterarbeit zur Verhinderung von Gewalt an Frauen sowie häuslicher Gewalt fördern und die dazu benötigten finanziellen Mittel zur Verfügung stellen;
- den Ausbau von Beratungsstellen für Frauen und Mädchen sowie nachhaltige Finanzierung derselben Angebote sicherstellen und
- den Ausbau der institutionellen Kooperation zwischen Behörden, Gerichten, Gewaltschutzzentren und Institutionen wie den Frauenberatungsstellen sowie den Frauenhäusern forcieren.